



Liebe Leser:innen,

die Debatten der vergangenen Wochen zeigen einmal mehr, wie sehr kommunale Realität und bundespolitische Entscheidungen auseinanderdriften. Während über Arbeitspflichten, Kürzungen von Integrationskursen und angebliche Fehlanreize im Sozialstaat gestritten wird, geraten die Folgen für Kommunen, Beschäftigte und gelingende Integration aus dem Blick.

Eine **Arbeitspflicht** für Asylbewerber:innen und Bürgergeldempfänger:innen ist weder integrationspolitisch sinnvoll noch eine wirksame Maßnahme für den Arbeitsmarkt. Solche Zwangsmaßnahmen schaffen keine nachhaltige Beschäftigung, sondern stehen im Wettbewerb mit örtlichen Anbietern der entsprechenden Dienstleistungen, unterlaufen Tarifstandards und binden zusätzliche Verwaltungsressourcen in den Kommunen. Vor allem aber verkennt eine Arbeitspflicht die Realität vieler Betroffener: fehlende Sprachkenntnisse, nicht anerkannte Abschlüsse, gesundheitliche Einschränkungen oder mangelnde Kinderbetreuung. Wer Menschen in Arbeit bringen will, muss Qualifizierung, Sprachförderung und gute Rahmenbedingungen ermöglichen – alles andere ist Symbolpolitik, die Misstrauen schürt, Integration erschwert und den gesellschaftlichen Zusammenhalt schwächt.

Dobrindts Politik lässt Menschen ohne Perspektive länger im Leistungsbezug – mit steigenden Kosten für Städte und Gemeinden, mitten in einer nach wie vor ungelösten Kommunalfinanzkrise. Denn klar ist: Ohne ausreichende Sprachkenntnisse ist es für Geflüchtete deutlich schwerer, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Auch darüber hinaus wirkt sich die Nachricht aus: Anbieter von Integrationskursen müssen ihr Kursangebot streichen, betriebsbedingte Kündigungen von Lehrpersonal sind die Folge. Dabei zeigt eine aktuelle [IAB-Studie](#), was wirkt: Rund 50 Prozent der ukrainischen Geflüchteten sind inzwischen in den Arbeitsmarkt integriert – insbesondere, weil Sprachkurse und Integrationsangebote verlässlich zur Verfügung standen!

Wer Arbeit einfordert, muss Integration ermöglichen. Andernfalls bleibt jede Person ohne Perspektive auf dem Arbeitsmarkt länger im Leistungsbezug – mit

steigenden Kosten für Städte und Gemeinden, mitten in einer nach wie vor ungelösten Kommunalfinanzkrise.

Gleichzeitig zeigen die **Tarifverhandlungen im TV-L**, wie zentral gute Arbeitsbedingungen im öffentlichen Dienst sind – gerade angesichts des erheblichen Personalmangels. Faire Bezahlung und verlässliche Rahmenbedingungen sichern Fachkräfte und die Handlungsfähigkeit staatlicher Strukturen. Daher ist die Tarifierhöhung ein wichtiges Signal für die Attraktivität des öffentlichen Dienstes.

Für mich wird in allen Debatten deutlich: Wer mehr Beteiligung am Arbeitsmarkt fordert, muss in Integration investieren. Wer einen leistungsfähigen Staat erwartet, muss gute Arbeitsbedingungen sichern. Und wer Verantwortung nach unten delegiert, darf die Finanzierung nicht vergessen. **Politik wirkt vor Ort** – in den Kommunen zeigt sich, ob sie gelingt oder scheitert. Deshalb werde ich weiter dafür kämpfen, dass sie die Mittel, das Personal und den politischen Rückhalt bekommen, den es für gelingende Integration, sozialen Zusammenhalt und eine handlungsfähige Demokratie braucht.

Viele Grüße

Karo



Schluss mit Steueroasen vor der Haustür!

Milliardenschwere Konzerne nutzen „Briefkastengemeinden“ mit Minimal-Hebesätzen, um sich vor ihrem fairen Beitrag zur Gewerbesteuer zu drücken. Dieses Geld fehlt in euren Kommunen für Schulen, Schwimmbäder und den ÖPNV. Durch meine aktuelle Schriftliche Anfrage an das Finanzministerium habe ich das Problem adressiert: Die geplanten Verschärfungen der Bundesregierung reichen bei weitem nicht aus. Wir brauchen einen Mindesthebesatz, der Schlupflöcher wirklich schließt, statt sie nur ein bisschen kleiner zu machen.

Mehr dazu bei FragDenStaat



Wärmewende zu Hause praktisch umsetzen

Die kommunale Wärmeplanung steht, doch die Unsicherheit über die Machbarkeit im Altbau bremst viele aus. Wir müssen Hürden abbauen, um die Wärmewende in jedem Keller zu ermöglichen.

Ich empfehle zwei konkrete Tools: Den Leitfaden zum Heizungstausch des Umweltbundesamtes und den [Gebäudecheck](#) des ifeu-Instituts zur Prüfung der Wärmepumpen-Tauglichkeit. So wird die Planung für alle direkt anwendbar.

[Zum Leitfaden](#)



Gegen die Arbeitspflicht im Bürgergeld

Die CDU-Forderung nach einer Arbeitspflicht ist gesellschaftlich spaltend. Wer unter Androhung von Sanktionen Zwang ausübt, tritt nach unten, statt echte Lösungen zu bieten. Das Problem: Während Menschen stigmatisiert werden, entziehen sich andere durch Steuertricks ihrer Verantwortung für das Gemeinwohl.

[Mehr dazu hier](#)

Infos, Veranstaltungen und Seminare

Generalangriff auf den Ausbau der erneuerbaren Energien

Die BGKomm hat über die kommunalen Landesvereinigungen eine MUSTER-Anfrage/Bausteinsammlung zum Netzpaket und Änderungen am GEG für kommunale Ratsgremien verteilt, damit die kommunalen Auswirkungen auch auf der kommunalen Ebene bekannter werden. Solltet ihr euch eine solche Anfrage bei euch im Rat wünschen, dann tretet doch bitte an eure Fraktion im Rat heran.

Musterantrag findet ihr noch weitere Infos und ein FAQ.

[Zur Musteranfrage](#)

Musteranfrage zur kommunalen Bezahlkarte für Geflüchtete

Der Grüne Landesverband Niedersachsen stellt für alle Kommunal*as eine Musteranfrage zur Verfügung.

[Zur Musteranfrage](#)

Amtshelden Podcast: Kleinstadtniveau

Julia Lupp und Christian Rosenberger laden sich regelmäßig Menschen aus der der Behördenkommunikation ein. Die beiden Gründer von Amtshelden reden in ihrem Podcast über Social Media, den Behördenalltag und die Welt.

[Zum Podcast](#)

Fünf Webinare: Wirksame Ansätze für demokratisches Gestalten

Unter dem Motto "Mit MUT & Methode. 5 wirksame Ansätze für demokratisches Gestalten aus Ostdeutschland" finden im Februar und März Webinare statt. In ihnen berichten erfolgreiche Akteur*innen vor Ort von Strategien und Ansätzen, wie Demokratie sinnvoll vermittelt werden kann.

[Melde dich hier an](#)

Livestream: Demokratie Forum Kommunalpolitik 2026 der Körper-Stiftung

Die Körper Stiftung veranstaltet 2026 das dritte Demokratie Forum. Bei der Veranstaltung am 2. März werden wieder die kommunalen Akteur*innen in den Vordergrund gestellt, und gezeigt, wie diese demokratische Strukturen resilienter gestalten können, Kommunikation besser funktionieren kann und vor Ort positive Entwicklungen angestoßen werden können.

[Zum Livestream](#)

Buch: Flucht nach vorn

Ryvan Alshebl wurde 2023 als syrischer Geflüchteter im schwäbischen Ostelsheim zum Bürgermeister gewählt. In seinem Buch gibt er Tips für Politik in ländlichen Kommunen.

[Mehr Infos](#)

Hast Du Nachfragen oder Feedback zum Newsletter?
Wende Dich einfach an mein Büro: karo.otte@bundestag.de



Karoline Otte MdB

Platz der Republik 1, 11011, Berlin

Diese Email wurde an {{ contact.EMAIL }} gesendet.
Sie haben diese E-Mail erhalten, weil Sie sich für unseren Newsletter angemeldet haben.

[Deabonnieren](#)